



Protokoll

des Einwohnerrates Zofingen

Amtsperiode 2018/21

4. Sitzung vom Montag, 17. September 2018, 18.00 – 19.55 Uhr im Stadt- saal

Vorsitz

Dr. André Kirchhofer, Ratspräsident

Protokollführer

Dr. Fabian Humbel, Stadtschreiber

Anwesend

- 38 Mitglieder des Einwohnerrates (bis 19.04 Uhr 37 Mitglieder)
- 7 Mitglieder des Stadtrates

Entschuldigungen

- Tobias Hottiger, Einwohnerrat
- Sandra Olar, Einwohnerrätin (bis 19.04 Uhr)
- Yolanda Senn Ammann, Einwohnerrätin



Traktandenliste	Seite
1. Inpflichtnahme	
Inpflichtnahme von Stefan Giezendanner (SVP)	65
2. Mitteilungen	65
3. Ersatzwahl	
GK 67	66
Ersatzwahl eines Mitglieds der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für den Rest der laufenden Amtsperiode 2018/21 (Ersatz für André Kirchhofer, FDP)	
4. Einbürgerungen	
4 Einbürgerungsgesuche (GK 58 bis GK 61)	67
5. Bildungszentrum Zofingen (BZZ)	
GK 62	67
Bewilligung eines Verpflichtungskredits (Projektierungskredit und Ausführungskredit) für die erweiterte Instandsetzung des Bildungszentrums Zofingen (BZZ) und die Umnutzung der HPS	
6. Parlamentarische Vorstösse	
GK 22	69
Postulat der SP/JUSO-Fraktion vom 27. November 2017 betr. Umsetzung "Untere Vorstadt" (Begründung; Stellungnahme/Antrag Stadtrat)	
GK 41	71
Motion von Nathalie Gysin (glp), Viviane Hösli (SP), Irma Jordi (CVP), Andrea Plüss-Bernhard (EVP) und Claudia Schürch-Meder (EVP) sowie Mitunterzeichnende vom 19. März 2018 betr. Unterzeichnung der "Charta der Lohngleichheit im öffentlichen Sektor" (Begründung; Stellungnahme/Antrag Stadtrat)	
GK 54	74
Interpellation der Fraktion DYM (CVP, EVP, glp, Parteilose) vom 25. Juni 2018 betr. Quartierspielplatz Haselweg (Parzelle 1516) (Begründung; Antwort Stadtrat)	
7. Umfrage	74



Begrüssung

André Kirchhofer, Ratspräsident

Der Präsident begrüsst die anwesenden Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, die Mitglieder des Stadtrates, den Ratssekretär, die Kaderleute der Verwaltung, den Stadtweibel, die Stadtsaalcrew, die anwesenden Medienschaffenden sowie die Zuhörenden und Gäste auf der Tribüne und gibt die Entschuldigungen von Tobias Hottiger und Yolanda Senn Ammann bekannt. Der Ratspräsident liest wunschgemäss die Entschuldigung von Yolanda Senn Ammann wörtlich vor. Sandra Olar wird etwas verspätet eintreffen.

Inpflichtnahme

André Kirchhofer, Ratspräsident

Einwohnerrat Stefan Giezendanner wird gebeten, für die Inpflichtnahme vor den Stadtrat zu treten. Alle Anwesenden, inkl. Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne, werden gebeten, sich während der Inpflichtnahme von ihren Plätzen zu erheben.

Fabian Humbel, Ratssekretär

Er verliest die Gelübdeformel: „Ich gelobe, als Mitglied des Einwohnerrates die Ehre und die Wohlfahrt der Stadt Zofingen zu fördern und gemäss den Verfassungen und Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln.“

Einwohnerrat Stefan Giezendanner leistet das Amtsgelübde durch Nachsprechen der Worte „Ich gelobe es“.

André Kirchhofer, Ratspräsident

Der Rat ist nach der Inpflichtnahme von Stefan Giezendanner mit anfänglich **37 Mitgliedern, ab 19.04 Uhr mit 38 Mitgliedern** verhandlungsfähig (verspätetes Eintreffen von Sandra Olar).

Die zur Diskussion gestellte **Traktandenliste** wird ohne Änderungen **genehmigt**.

Mitteilungen

Am 9. Juli 2018 ist Frau **Dora Rüeegger** verstorben. Sie war von 1990 bis 2003 für die EVP Mitglied des Einwohnerrates und der damaligen Geschäftsprüfungskommission (in den Jahren 1990 bis 1997) bzw. der Finanzkommission (von 1998 bis 2001). Zudem hat sie in dieser Zeit in verschiedenen Spezialkommissionen mitgewirkt.

Um die Verstorbene zu ehren, erheben sich alle Anwesenden zu einer Schweigeminute.

Am letzten Freitag wurde das erneut aktualisierte **Adressverzeichnis** per E-Mail verschickt.

Das **Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 25. Juni 2018** gilt als genehmigt; die Frist für Änderungs- und Ergänzungsbegehren ist am 30. August 2018 abgelaufen.

Die 9er-Spezialkommission "Umsetzung Schulraumplanung GMS/Bez-Schulhaus" wurde wiedereingesetzt. Diese besteht aus folgenden Mitgliedern: Barbara Willisegger (SVP), Markus Gfeller (SVP), Christian Nöthiger (SP), Verena Schmid Schürpf (SP), Rudolf Günthardt (FDP), Jakob Lang (FDP), Mischa Berner (DYM), Robert Weishaupt (DYM) und Daniel Hölzle (Grüne). Da es infolge Rücktritten



aus dem Einwohnerrat einige Änderungen gegeben hat, sind die Kommissionsmitglieder gebeten, im Anschluss an die Sitzung noch im Saal zu bleiben, damit sich die Kommission neu konstituieren kann.

Neueingänge

Folgende parlamentarischen Vorstösse sind neu eingegangen:

- Interpellation der FDP betr. Anlässe in der Zofinger Altstadt

Art. 22

Ersatzwahl

GK 67

Ersatzwahl eines Mitglieds der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für den Rest der laufenden Amtsperiode 2018/21 (Ersatz für André Kirchhofer, FDP)

André Kirchhofer (FDP) hat am 23. August 2018 seine Demission als Mitglied der FGPK per Ende August 2018 eingereicht und muss ersetzt werden. Er begründet kurz die Beweggründe für seinen Rücktritt aus gesundheitlichen Gründen.

Das Wahlbüro wird wie folgt vorgeschlagen:

- Sonja Bühler, Aktuarin-Stv. Wahlbüro
- Tom Eichenberger, Stadtweibel
- Franziska Kremer, SP, und
- Nathalie Gysin, DYM

Da keine Einwendungen gegen die Zusammensetzung des Wahlbüros erfolgen, gilt dieses als gewählt.

André Kirchhofer, Ratspräsident

Für den vakanten Sitz in der FGPK wird **Maja Freiermuth** vorgeschlagen, welche seit 2012 Mitglied des Einwohnerrates ist. Die FDP-Fraktion und anschliessend der Einwohnerrat werden nach allfälligen Wortmeldungen gefragt. Nachdem das Wort nicht verlangt wird, werden die bereits an den Plätzen bereitliegenden Wahlzettel ausgefüllt und anschliessend eingezogen.

Während der Auszählung der Stimmen werden die Beratungen fortgesetzt.

Ergebnis der Ersatzwahl

Eingelangt sind 37 Stimmzettel, davon waren 2 leer. Somit fallen 35 Stimmzettel in Betracht. Absolutes Mehr: 18

Die vorgeschlagene Maja Freiermuth, FDP, wird mit 35 Stimmen als Mitglied der FGPK gewählt.

Die Gewählte erklärt mündlich Annahme der Wahl.

(Applaus)



Art. 23

Einbürgerungen

GK 58 bis GK 61

André Kirchhofer, Ratspräsident

Die Geschäfte GK 58 bis GK 61 werden gemeinsam beraten. Die Abstimmungen erfolgen jedoch einzeln.

Barbara Willisegger, Referentin FGPK

Am 29. August 2018 hat die FGPK gestützt auf die vorgängige Prüfung durch Stadtrat und Einbürgerungskommission allen Gesuchen ohne Vorbehalt einstimmig (8:0 Stimmen) zugestimmt. Gemäss seriösen Prüfungen der Einbürgerungskommission sind alle bestens integriert und erfüllen die rechtlichen Voraussetzungen. Dem Rat wird deshalb empfohlen, die Gesuche ebenfalls gutzuheissen.

Eintreten ist nicht bestritten. Das Wort wird nicht verlangt. Es folgen die Abstimmungen über die stadträtlichen Anträge:

GK 58

Dem stadträtlichen Antrag wird einstimmig mit 35:0 Stimmen zugestimmt.

GK 59

Dem stadträtlichen Antrag wird einstimmig mit 35:0 Stimmen zugestimmt.

GK 60

Dem stadträtlichen Antrag wird einstimmig mit 35:0 Stimmen zugestimmt.

GK 61

Dem stadträtlichen Antrag wird einstimmig mit 37:0 Stimmen zugestimmt.

Den Antragstellerinnen und Antragstellern wird vom Ratspräsidium gratuliert.

(Applaus)

Art. 24

Bildungszentrum Zofingen (BZZ)

GK 62

Bewilligung eines Verpflichtungskredits (Projektierungskredit und Ausführungskredit) für die erweiterte Instandsetzung des Bildungszentrums Zofingen (BZZ) und die Umnutzung der HPS

Michael Wacker, Referent FGPK

Die FGPK hat am 29. August 2018 einen Augenschein vor Ort durchgeführt. Die Anlage sieht noch immer aus wie vor 30 Jahren. Die Bausubstanz kann daher als gut bezeichnet werden. Dennoch sind

verschiedenste Mängel vorhanden. Die Haustechnik ist veraltet und eine Gebäudeautomation ist nicht vorhanden. Bei den Fenstern machen sich Kälte und Wärme bemerkbar, da diese undicht und dringend sanierungsbedürftig sind. Auch die Abwasserleitungen der Toiletten sind teilweise undicht. Die Fassade hingegen ist zwar verschmutzt, kann jedoch aufgrund des guten Zustandes gereinigt werden.

Es wurde eine sehr gute Vorlage erarbeitet und es ist lobend zu erwähnen, dass am Bau Musterfenster installiert wurden. Somit muss bei der Bauausführung nicht mehr mit bösen Überraschungen gerechnet werden.

Zu reden gab in der FGPK, dass einmal mehr ein Projektierungskredit und ein Ausführungskredit im gleichen Zeitpunkt beantragt werden. Obwohl dies sehr unschön ist, wurde der Kommission plausibel und einleuchtend erklärt, dass aufgrund der zeitlichen Aspekte dieses Vorgehen nötig ist. Trotzdem möchte die FGPK in Zukunft kein solches Vorgehen mehr erleben. Die Kommission hat einheitlich festgestellt, dass der Kredit sehr hoch ist, obwohl er bereits massiv reduziert wurde. Trotzdem empfiehlt die FGPK mit gutem Gewissen die Annahme dieses Kredits.

Christian Läubli, FDP

Auch die FDP ist erstaunt, dass der Projektierungskredit und der Ausführungskredit gleichzeitig beantragt werden. Die Erklärungen für das Vorgehen bei diesem spezifischen Projekt sind aber klar und plausibel. Nebst den zeitlichen Aspekten kann auch bei der Volksabstimmung Geld gespart werden. Zukünftig sollen jedoch zwei voneinander getrennte Geschäfte vorgelegt werden.

Inhaltlich ist die Vorlage sehr durchdacht und stringent. Die FDP stimmt dem Projekt daher einstimmig zu.

Christian Nöthiger, SP

Als Lehrperson in diesem Gebäude hat er festgestellt, dass beim ersten Projekt der Einbezug der direkt Betroffenen vernachlässigt wurde, weshalb man nicht unglücklich war, als dieses aufgrund der immensen Kosten nicht realisiert wurde. Bezüglich Bausubstanz ist bei den Schülern ebenfalls der Hitze- und Kälteaspekt ein Thema. Weiter stellen sie fest, dass die Rollläden schief oder defekt sind und dass Steckdosen bei den Arbeitsplätzen fehlen. Auch beschäftigt die Schüler, ob mit Einschränkungen des Schulbetriebs während der Bauphase gerechnet werden muss. Die Erstellung der Stundenpläne während dieser Zeit wird sicherlich ebenfalls eine grosse Herausforderung darstellen.

Die SP-Fraktion wird das Geschäft jedoch einstimmig genehmigen.

Robert Weishaupt, DYM

Das BZZ wurde im Trend der 70er-Jahre gebaut, als es zwei Varianten beim Betonieren gab. Zofingen hatte das Glück, dass beim Betonbau die gute Variante gewählt wurde, so dass die Fassade keine grossen Massnahmen erfordert. Die Haustechnik ist aber in museumsreifem Zustand, teilweise noch mit Originalteilen von 1976, die liebevoll von den Hauswarten gepflegt werden.

Das BZZ ist eine der grössten Bildungsstätten im Aargau. Nun muss vieles auf den neuesten Stand gebracht werden, z.B. die Fenster. Sehr innovativ ist, dass bereits im Vorfeld drei Fenstermodelle getestet wurden. Damit kann das Beste ausgewählt werden.

Die Dynamische Mitte befürwortet die Vorlage in den meisten Punkten und ist überzeugt, dass mit der Renovation die Lebensdauer der Anlage wieder um mehr als 25 Jahre verlängert werden kann.



Nadia Kuhn, SVP

Die SVP-Fraktion spricht sich klar für die Instandsetzung des BZZ und die Umnutzung der HPS aus. Die grosse Bedeutung des Bildungszentrums und die verschiedenen Nutzungen haben die Fraktion überzeugt, diesem Antrag zuzustimmen.

Gian Guyer, Grüne/Alternative

Auch ihre Fraktion wird dem Antrag zustimmen. Insbesondere wird die energetische Sanierung des Gebäudes begrüsst. Wünschenswert wäre eine Fassadenbegrünung zu Kühlzwecken im Sommer.

Eintreten ist nicht bestritten.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtmann

Er bedankt sich für das positive Echo auf die Vorlage.

Christian Läubli, FDP

Er stimmt dem Votum von Gian Guyer zu. Eine Fassadenbegrünung wäre wirklich prüfenswert.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtmann

Aufgrund der Thematik der Kühlung im Sommer wurde grossen Wert auf die Auswahl der richtigen Fenster gelegt (Nachtdurchlüftung).

André Kirchhofer, Ratspräsident

Die Vorlage wird im Detail beraten. Nachdem niemand das Wort wünscht, folgen die Abstimmungen über die stadträtlichen Anträge:

1. *Für das Bauvorhaben im Bildungszentrum Zofingen (Erweiterte Instandsetzung und Umnutzung HPS) sei ein Projektierungskredit von brutto CHF 858'000, zuzüglich allfälliger Teuerung, abzüglich Leistungen Dritter, zu bewilligen.*

Der stadträtliche Antrag wird einstimmig mit 37:0 Stimmen angenommen.

2. *Für das Bauvorhaben im Bildungszentrum Zofingen (Erweiterte Instandsetzung und Umnutzung HPS) sei ein Ausführungskredit von brutto CHF 21'469'000, zuzüglich allfälliger Teuerung, abzüglich Leistungen Dritter, zu bewilligen.*

Der stadträtliche Antrag wird einstimmig mit 37:0 Stimmen angenommen.

Art. 25

Parlamentarische Vorstösse

GK 22

Postulat der SP/JUSO-Fraktion vom 27. November 2018 betr. Umsetzung "Untere Vorstadt" (Begründung; Stellungnahme/Antrag Stadtrat)

Michael Wacker, SP

Gemäss § 10 des Geschäftsreglementes sind die Einladungen sowie die Vorlagen den Mitgliedern in der Regel drei Wochen vor der Sitzung zuzustellen. Die Stellungnahmen des Stadtrates treffen zu spät ein, was unschön ist.



Die SP-Fraktion will mit diesem Postulat nichts erzwingen oder fordern. Es soll dazu angeregt werden, den Fokus zu öffnen. Seit der Planung im Jahr 2008 ist viel Zeit vergangen und die Technik hat sich weiterentwickelt. Es soll nicht um jeden Preis einfach Land überbaut werden, um möglichst schnell Steuersubstrat zu generieren. Deshalb wird beantragt, das Postulat zu überweisen.

André Kirchhofer, Ratspräsident

Er weist darauf hin, dass gemäss § 50 des Geschäftsreglementes der Stadtrat dem Motionär oder dem Postulanten sowie den Fraktionen die Stossrichtung der Beantwortung des Vorstosses vor den Fraktionssitzungen mitteilt. Das formelle Vorgehen des Stadtrates ist somit korrekt.

Die Diskussion ist offen.

Marco Arni, DYM/glp

Die Idee der SP-Fraktion ist nachvollziehbar, nicht aber die Umsetzung. Dass man bei Grossprojekten genau hinschaut und Anregungen einbringt, ist auch für die Dynamische Mitte erstrebenswert. Der gewählte Weg ist aber nicht optimal. Die Berichterstattung auf das Postulat bewirkt nicht viel. Eine einfache Anregung hätte auch mittels Interpellation eingebracht werden können. Die Fraktion DYM ist nicht überzeugt, dass dieses Postulat hier der goldene Weg ist. Robert Weishaupt hat eine Motion eingereicht zum Thema Landverkauf. So kann verbindlich vorgegangen werden. Die Legislative sollte versuchen, so vorzugehen, dass Einfluss genommen werden kann.

Pascal Stenz, FDP

Die FDP-Fraktion teilt die Meinung des Vorredners. Grundsätzlich ist man mit der Beantwortung zufrieden. Es gibt andere Möglichkeiten, verbindlich einzuwirken. Deshalb stimmt die FDP-Fraktion der Überweisung nicht zu.

Michael Wacker, SP

Er ist nicht sicher, was er glauben soll. Im Budget 2019 sind CHF 50'000 für eine Investorensubmission eingestellt. Welche Eckpunkte sind definiert? Das Postulat macht als "anregender Bremsklotz" durchaus Sinn.

Nachdem um 19.04 Uhr auch **Sandra Olar** eingetroffen ist, werden die Beratungen mit **38 Mitgliedern** weitergeführt.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann

Die Handhabung der Beantwortung von Vorstössen ist seit Jahren unverändert. Der Stadtrat hat das Postulat nicht als Anregung verstanden, sondern es sind Forderungen enthalten, die den Bewegungsspielraum des Stadtrates massiv einschränken. Es gibt bei diesem Projekt diverse Vorgaben und Eckpunkte, die es sehr komplex ausgestalten. Der Landverkauf liegt in der Kompetenz des Einwohnerrates, daher kann der Stadtrat nicht einfach machen, was er will. Auch für die Vergabe im Baurecht ist ein Investor nötig. Die Stadt kann dieses Projekt, welches einen zweistelligen Millionenbetrag kosten wird, keinesfalls selber realisieren. Es werden sicherlich beide Varianten – Baurecht oder Verkauf – geprüft. Schlussendlich wird der Einwohnerrat darüber entscheiden. Das Ziel, eine qualitativ gute Überbauung zu realisieren, soll dabei aber nicht aus den Augen verloren werden.

André Kirchhofer, Ratspräsident

Das Wort wird nicht weiter verlangt. Daher folgt die Abstimmung über den stadträtlichen Antrag:



Das Postulat der SP/JUSO-Fraktion sei nicht zu überweisen.

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 21:14 Stimmen zugestimmt (3 Enthaltungen) und damit die Überweisung des Postulats abgelehnt.

GK 41

Motion von Nathalie Gysin (glp), Viviane Hösli (SP), Irma Jordi (CVP), Andrea Plüss-Bernhard (EVP) und Claudia Schürch-Meder (EVP) sowie Mitunterzeichnende vom 19. März 2018 betr. Unterzeichnung der "Charta der Lohngleichheit im öffentlichen Sektor" (Begründung; Stellungnahme/Antrag Stadtrat)

Viviane Hösli, SP

Die Charta wurde vom Bund und Vertretern aus den Kantonen lanciert und ermöglicht es der öffentlichen Verwaltung, die Möglichkeiten zur Förderung der Lohngleichheit aufzuzeigen. Das Gleichstellungsbüro für Mann und Frau stellt nützliche Informationen zur Verfügung. Ein Informationsblatt liegt den Ratsmitgliedern heute vor. Darin werden sämtliche Einwände des Stadtrates gegen die Unterzeichnung der Charta widerlegt. Entweder stimmen die Auskünfte des Stadtrates oder des Gleichstellungsbüros nicht. Die Stadt muss ihr Lohnsystem nicht anpassen. Aber jedes Lohnsystem bietet unbewusste Möglichkeiten zur Diskriminierung. Die Charta empfiehlt daher eine regelmässige Überprüfung nach anerkannten Standards, schreibt sie aber nicht vor. Die erheblichen Kosten gemäss Stadtrat lassen sich wie folgt beziffern: die erstmalige Lohngleichheitsanalyse mit dem erwähnten Selbsttest-Instrument dauert maximal drei bis vier Tage, bei den darauffolgenden Analysen reduziert sich der Aufwand um die Hälfte. Bei der Überprüfung nahestehender Körperschaften fällt der gleiche Aufwand an. Wenn der Stadtrat von seinem Lohnsystem überzeugt ist, sollte er das auch bei seinen nahestehenden Körperschaften kontrollieren. Bei der Beschaffung erfolgt die Überprüfung mittels Selbstdeklaration. Weitergehende Stichprobenprüfungen können, müssen aber nicht durchgeführt werden. Das erwähnte Monitoring wird durch die Stadt Zofingen bereits heute durchgeführt. Die Teilnahme an diesem Monitoring dauert 20 Minuten.

Bei der ablehnenden Antwort hat der Stadtrat masslos übertrieben. Da fragt man sich, ob das Thema überhaupt ernst genommen wird. Es darf nicht sein, dass ein seit 27 Jahren in der Verfassung verankerter Grundsatz nicht gelebt wird. Die Charta ist nicht extrem in ihren Forderungen, es wird nur ein grundsätzliches Bekenntnis zur Lohngleichheit gefordert. Sie hat keine verbindliche Rechtswirkung. Deshalb soll die Motion überwiesen werden.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann

Auch der Stadtrat meint es sehr ernst mit der Lohngleichheit. Er ist aber der Überzeugung, dass man dies mit Taten beweisen muss. Es wurden aus allen Lohnbändern Vergleiche gezogen und es konnten keine Diskriminierungen festgestellt werden. Man könnte die Charta natürlich unterschreiben, da man im Prinzip keine Massnahmen ergreifen muss. Für den Stadtrat macht diese Charta aber nur Sinn, wenn man auch Massnahmen durchführt. Eine Unterzeichnung, welche keine Konsequenzen nach sich zieht, macht nicht viel Sinn. Deshalb bittet er nochmals darum, die Motion nicht als erheblich zu erklären.

André Kirchhofer, Ratspräsident

Die Diskussion ist offen.



Maja Freiermuth, FDP

Es gibt ein Gleichstellungsgesetz und die Bundesverfassung. In der Stadt Zofingen gibt es keinen einzigen Fall, wo Lohndiskriminierung behauptet oder vermutet wird. Solange dies der Fall ist, muss nicht zusätzlich nochmals etwas unterzeichnet werden. Es gibt verschiedene Studien, die unterschiedliche Aussagen zur Lohndiskriminierung treffen; darunter auch einige, welche die Lohnunterschiede plausibel erklären. Sie als Frau verlangt, diese Charta nicht zu unterzeichnen, da sie darauf vertraut, dass die Lohngleichheit gelebt wird.

Claudia Schürch-Meder, DYM/EVP

Die Fraktion DYM hat sich über die Antwort gefreut. Wenn in Zofingen alles in Ordnung ist, würde sich eine Unterzeichnung der Charta aber gut machen. Da Lohndiskriminierung oft unbewusst entsteht, wäre eine Sensibilisierung sinnvoll. Die Aufwände können in Kauf genommen und die Resultate der Erhebungen anonymisiert veröffentlicht werden. Auch ist eine Überprüfung nur alle fünf Jahre nötig. In 20 Jahren ist es kein Thema mehr. Die Dynamische Mitte empfiehlt daher die Erheblichkeitserklärung der Motion grossmehrheitlich.

Michael Wacker, SP

Alle wollen dasselbe. Bei einer Charta handelt es sich um ein Label. Zofingen hat auch das Label Energiestadt, dieses Label wird eigentlich auch nicht zwingend benötigt. Daher kann diese Charta unterzeichnet und nach aussen ein Zeichen gesetzt werden.

Er stellt abschliessend den Antrag auf Abstimmung unter Namensaufruf (§ 45 Abs. 4 Geschäftsreglement).

Viviane Hösli, SP

Die genannten Zahlen der Ungleichheit sind die nicht erklärbaren Unterschiede. Diese sind bereits bereinigt. Sie sieht im Rahmen der Schlichtungsverfahren, wie schwierig solche Verfahren betr. Lohndiskriminierung sind.

In der schriftlichen Antwort wurde ausgeführt, wie aufwändig es sei, die Forderungen der Charta zu erfüllen. Trotzdem möchte man es sich auch nicht so einfach machen, wie von ihr erläutert. Eigentlich hätte sie erwartet, dass der Stadtrat in der Lage ist, einen guten und vernünftigen Mittelweg zu finden.

André Kirchhofer, Ratspräsident

Das Wort wird nicht weiter verlangt. Als erstes muss über den Antrag von Michael Wacker abgestimmt werden, welcher eine Abstimmung unter Namensaufruf beantragt hat. Gemäss § 45 Abs. 4 müssen diesem Antrag mindestens ein Viertel der Anwesenden zustimmen.

Der Antrag von Michael Wacker, SP, wird mit 26:12 Stimmen abgelehnt. Da mindestens ein Viertel der Anwesenden die Abstimmung unter Namensaufruf verlangt hat, wird die Stimmabgabe sämtlicher Mitglieder protokolliert.

Es folgt die Abstimmung unter Namensaufruf über den stadträtlichen Antrag:

Die Erheblichkeitserklärung der Motion betr. Unterzeichnung der "Charta der Lohngleichheit im öffentlichen Sektor" sei abzulehnen.



Name	Vorname	Partei	Ja	Nein	Enthaltung
Arni	Marco	DYM/glp		X	
Bachmann	Jan	FDP	X		
Berner	Mischa	DYM/glp		X	
Borer	Adrian	DYM/glp			X
Freiermuth	Maia	FDP	X		
Gfeller	Markus	SVP	X		
Giezendanner	Stefan	SVP	X		
Günthardt	Rudolf	FDP	X		
Guyer	Gian	Grüne/Alternative		X	
Gysin	Nathalie	DYM/glp		X	
Hofer	Liliane	SP		X	
Hölzle	Daniel	Grüne/Alternative		X	
Hösli	Viviane	SP		X	
Hostettler	Matthias	Grüne/Alternative		X	
<i>Hottiger</i>	<i>Tobias</i>	<i>FDP</i>	<i>Entschuldigt abwesend</i>		
Jordi	Irma	DYM/CVP		X	
Kirchhofer	André	FDP	X		
Kremer	Franziska	SP		X	
Kuhn	Nadia	SVP	X		
Lang	Jakob	FDP	X		
Läubli	Christian	FDP	X		
Lerch	Raphael	SVP	X		
Negri	Marco	SVP	X		
Nöthiger	Christian	SP		X	
Olar	Sandra	SP		X	
Plüss-Bernhard	Andrea	DYM/EVP		X	
Roth	Erich	DYM/CVP	X		
Ruf-Eppler	Miriam	DYM/EVP		X	
<i>Senn Ammann</i>	<i>Yolanda</i>	<i>Farbtupfer</i>	<i>Entschuldigt abwesend</i>		
Siöberg	Anders	DYM/glp		X	
Schindler	René	SVP	X		
Schmid Schürpf	Verena	SP		X	
Schürch-Meder	Claudia	DYM/EVP		X	
Stenz	Pascal	FDP	X		
Wacker	Michael	SP		X	
Weber	Moritz	SVP	X		
Weishaupt	Robert	DYM/CVP	X		
Willisegger	Barbara	SVP	X		



Name	Vorname	Partei	Ja	Nein	Enthaltung
Willisegger	Martin	SVP	X		
Zbinden-Bieri	Hanna	SP		X	

Der stadträtliche Antrag wird mit 19:18 Stimmen (1 Enthaltung) abgelehnt und damit die Motion als erheblich erklärt.

GK 54

Interpellation der Fraktion DYM (CVP, EVP, glp, Parteilose) vom 25. Juni 2018 betr. Quartierspielplatz Haselweg (Parzelle 1516) (Begründung; Antwort Stadtrat)

Miriam Ruf, DYM

Warum noch eine Interpellation, nachdem vor etwas mehr als einem Jahr bereits eine dringliche Interpellation zum gleichen Thema eingereicht wurde? Es geht um relativ viel Geld. Es ist zwar nett, wenn der Stadtmann die politische Verantwortung übernimmt; den Bock geschossen hat aber die Verwaltung, was keine Konsequenzen hat. Es wurden über CHF 100'000 an Steuergeldern in den Sand gesetzt. Weiter wurde hier vor knapp zwei Jahren erklärt, dass diese Parzelle, die weiter keinen Nutzen mehr hat, in eine Grünzone umgewandelt werde. Heute heisst es, dies sei nicht möglich. Welche Vorkehrungen trifft der Stadtrat, damit nicht in 15 Jahren wieder jemand auf die Idee kommt, man könnte diese Parzelle verkaufen und überbauen?

Art. 26

Umfrage

Hinweis der Protokollführung

An der Einwohnerratssitzung wurden zuerst alle Fragen gestellt, und danach folgten die Beantwortungen durch den Stadtrat. Aus Gründen der Übersichtlichkeit folgt im Protokoll die jeweilige Beantwortung gleich nach der Frage.

Irma Jordi, DYM/CVP

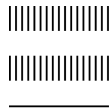
An der letzten Einwohnerratssitzung wurde ein Postulat betr. Prüfung der Rechtsform des Seniorenzentrums überwiesen. Nun war in der Presse zu lesen, dass man sich von der Leiterin des Seniorenzentrums getrennt hat und der Stadtrat Einsitz in der Geschäftsleitung nehmen wird. Welche Funktionen hat der Stadtrat in der Geschäftsleitung und was sind die Aufgaben? Wie lange wird dieser unsägliche Zustand andauern?

Rahela Syed, Stadträtin

Es geht darum, die Geschäftsleitung in dieser Phase zu unterstützen und zu entlasten, deshalb leitet sie zurzeit die Geschäftsleitungssitzungen. Die Stelle wird schnellstmöglich ausgeschrieben und wiederbesetzt.

Moritz Weber, SVP

Wie sieht der Zeitplan für die Neubesetzung der Leitung des Seniorenzentrums aus? Wann wird das Organisations- und Aufgabenkonzept der Betriebskommission vorliegen und wie sieht der Zeitplan für die Neuorganisation der Betriebskommission aus?



Rahela Syed, Stadträtin

Das Thema Betriebskommission wird an der FGPK-Sitzung vom 8. November 2018 detailliert erörtert.

Rudolf Günthardt, FDP

Der bisherige Gesamtschulleiter wird sich beruflich verändern. Rudolf Günthardt ist erstaunt über die Aussage der Schulpflege, dass es nicht eilig sei, die Schulleiterstelle neu zu besetzen. Wie sieht der Stadtrat diese Situation angesichts der anstehenden Schulprojekte?

Dominik Gresch, Stadtrat

Der Stadtrat teilt die Meinung, dass wichtige Projekte im Schulwesen anstehen. Die Neubesetzung des Schulleiterpostens fällt aber in die Kompetenz der Schulpflege, so dass er sich zu diesem Punkt nicht äussern kann.

Sandra Olar, SP

Am 6. September 2018 kam es in Zofingen und Brittnau zu einem Stromausfall. Bereits rund zwei Wochen früher ereignete sich ebenfalls ein solcher Ausfall. Besteht ein Grund zur Sorge?

Andreas Rüeegger, Stadtrat

Der Stromausfall war nicht durch eine Störung bei der StWZ AG bedingt, sondern durch die AEW Energie AG. Dadurch fiel in Zofingen der Strom aus. Das Netz in Zofingen ist gut, es besteht eine hohe Versorgungssicherheit. Das zeigt sich u.a. darin, dass die Postfinance ihr Rechenzentrum in Zofingen erstellt hat. Auch die Netznutzungsgebühren sind in Zofingen relativ hoch, was für ein gut ausgebautes Netz spricht.

Adrian Borer, DYM/glp

Kann sich Zofingen vorstellen, ebenfalls am nationalen Cleanup Day teilzunehmen, nachdem die Idee in der Region nun schon gut Fuss gefasst hat?

Peter Siegrist, Stadtrat

Der Cleanup Day ist eine gute Sache, allerdings reicht einmal jährlich ein solcher Tag nicht aus. Die Thematik wird mit dem Werkhof aber bereits geprüft. Einerseits soll eine Teilnahme am nächsten Cleanup Day (13./14. September 2019) ins Auge gefasst werden. Andererseits wird geprüft, ob Raumpatenschaften vergeben werden können (Paten sind verantwortlich für gewisse Räume und werden bei Verschmutzungen aktiv).

Adrian Borer, DYM/glp

Wie man hört, leitet der Kanton eine Mediation in der Aeschwuhrgenossenschaft. Tut sich da ein Fenster auf, um den unnötigen Neubau des Aeschwuhrs, welcher das Hochwasserschutz- und Revitalisierungsprojekt an der Wigger zulasten der Steuerzahler um CHF 1.8 Mio. verteuert, fallen zu lassen?

Andreas Rüeegger, Stadtrat

Die durch den Kanton durchgeführte Mediation ist gescheitert. Aktuell laufen Diskussionen über verschiedene Varianten mit oder ohne Wuhr. Weitere Details können aufgrund des laufenden Verfahrens nicht bekannt gegeben werden.

Franziska Kremer, SP

Ist es zukünftig möglich, die Beantwortungen von parlamentarischen Vorstössen mindestens eine Woche früher zu erhalten?



Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann

Man könnte versuchen, die Zeitplanung für das Jahr 2019 anzupassen. Da nicht alle Vorstösse gleichzeitig fertig sind, weisen sie verschiedene Daten auf. Sie werden aber immer gemeinsam verschickt.

André Kirchhofer, Ratspräsident

Er weist nochmals auf das Geschäftsreglement des Einwohnerrates hin, in welchem klar aufgeführt ist, dass die Stellungnahmen vor den Fraktionssitzungen eingereicht werden. Das heutige Vorgehen ist also korrekt. Will man dieses abändern, muss ein Vorstoss zur Änderung des Geschäftsreglements eingereicht werden. Eine andere Vorgehensweise ist nicht möglich.

Hanna Zbinden, SP

Auf dem Schulweg kommt es immer wieder zu gefährlichen Situationen. Wird die Schulwegsicherheit regelmässig überprüft und die Sicherheitsmassnahmen angepasst.

Andreas Rügger, Stadtrat

Im Jahr 2017 wurde ein Teilbericht aus der Umfrage in der Schulinfo publiziert. Zwischenzeitlich sind auch verschiedene Massnahmen in die Veloplanung eingeflossen und es sind verschiedene Tempo 30-Zonen geplant. Verschiedene Hot-Spots um die Schulanlagen werden laufend überprüft. Rückmeldungen aus der Bevölkerung sind jederzeit willkommen. Auch die Repol ist im Rahmen ihrer Aufklärungsarbeiten laufend an diesem Thema dran.

Raphael Lerch, SVP

Der Powerman Zofingen führte dieses Jahr erstmals in die Altstadt. Die Durchführung war allerdings sehr schlecht organisiert. Die Anwohnenden wurden nicht bzw. viel zu spät informiert. Werden zukünftig alle Anlässe ohne entsprechende Auflagen noch die Altstadt passieren? Zudem stehen nach Beendigung solcher Anlässe die Fahrverbote weiterhin an den Stadteingängen, so dass die Leute sich nicht getrauen, in die Altstadt hinein zu fahren.

Peter Siegrist, Stadtrat

Die positiven und negativen Seiten des Powerman werden in einem Debriefing besprochen, auch das Thema der Passage der Altstadt. Bei den Fahrverboten soll künftig eine Zusatztafel darauf hinweisen, dass das Verbot auf die Anlassedauer beschränkt ist.

André Kirchhofer, Ratspräsident

Der Präsident weist auf die nächste Einwohnerratssitzung vom 22. Oktober 2018 hin und schliesst die Sitzung um 19.55 Uhr.

Für getreues Protokoll:

Dr. André Kirchhofer
Ratspräsident

Dr. Fabian Humbel
Protokollführer